

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Torsten Reinheimer

21.10.2025

**Antrag zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. November 2025
Partnerschaft der Stadt Ginsheim-Gustavsburg mit der Bundeswehr**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit bittet die Fraktion der Freien Wähler, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.11.2025 sowie der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.11.2025 aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Magistrat wird gebeten, sich mit dem Landeskommmando Hessen der Bundeswehr in Verbindung zu setzen, um mit diesem eine Anbahnung einer Partnerschaft zwischen Stadt und Bundeswehr zu initiieren.**
- 2. Idealerweise in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2025 wird ein Vertreter des Landeskommandos Hessen der Bundeswehr an der Sitzung teilnehmen und gemeinsam mit dem Magistrat vorstellen, welche beidseitig (positiven) Vorteile eine solche Partnerschaft hat und wie diese ausgestaltet werden kann.**
- 3. Idealerweise in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. Dezember 2025 entscheidet diese, ob die Stadt Ginsheim-Gustavsburg eine Partnerschaft mit der Bundeswehr eingeht.**

Begründung:

Am 31. März 2022 hat die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von Freien Wählern, SPD, CDU und FDP, bei neun Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und einmal CDU) das Anbringen von gelben Solidaritätsschleifen für die Blaulichtfamilie und die Bundeswehr verabschiedet. Diese wurden feierlich am 3. Oktober 2025 angebracht, umso die Solidarität der Stadt zu bekunden.

In Bezug auf die Bundeswehr soll dies aber nur der erste Schritt gewesen sein. Wie andere hessische Kommunen, beispielweise Bad Homburg, Korbach, Langgöns, Neuental, Weilburg oder Wetzlar, aber auch Landkreise, wie Fulda, Gießen, Grünberg, Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg und der Wetterauskreis, soll die Stadt Ginsheim-Gustavsburg eine Partnerschaft mit der Bundeswehr eingehen.

Solche Partnerschaften, die es auch zwischen Bundesländern und der Bundeswehr gibt, sind ein sichtbares Zeichen der gesellschaftlichen Wertschätzung und Anerkennung. Für die Bundeswehr schaffen sie lokale und regionale Bindungen und fördern das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit. Gleichzeitig fördert eine solche Partnerschaft das Verständnis innerhalb der Kommune für die Bundeswehr als demokratisches Instrument zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit.

Eine solche Partnerschaft ist gerade vor dem Hintergrund der internationalen Sicherheitslage, die sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert hat, eine gegenseitige Win-Win Situation. Als Beispiele für die sich negative Entwicklung sind Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die zunehmenden Provokationen an den Grenzen der baltischen Staaten, in Polen, Rumänien, aber auch in Deutschland zunehmende Akte von Ausspähung, Sabotage, Cyber-Angriffe und Desinformation, zu nennen. Parallel werden zunehmend die Folgen des Klimawandels in Gestalt von Naturkatastrophen deutlich.

Vor diesem Hintergrund kommt der Bundeswehr eine wichtige Rolle zu, denn sie steht im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit nicht nur für Amtshilfe nach Artikel 35 GG im Falle von Naturkatastrophen bereit, sondern bietet den Kommunen auch Partnerschaften an, die sich nach den Bedürfnissen der Kommune ausgestalten lassen. Im Rahmen dieser Partnerschaften sind die Kommunen und Unternehmen beispielsweise zum gemeinsame Sicherheitsdialog mit der Bundeswehr eingeladen und können hieraus wertvolle Informationen für das eigene Risikomanagement ziehen.

Deshalb setzen wir uns für eine Partnerschaft der Stadt mit der Bundeswehr ein. Der Magistrat möge deshalb Gespräche mit dem Landeskommmando Hessen aufnehmen, um eine Partnerschaft anzubahnen. Damit wollen wir und für einen Dialog mit der Bundeswehr einsetzen, um sicherzustellen, dass die Stadt Ginsheim-Gustavsburg vorausschauend mit den zunehmenden Risiken aus hybriden Bedrohungen und den Naturkatastrophen umgeht.

Auch wenn wir als Stadt hinsichtlich möglicher zukünftiger Lagen mit Blick auf den Zivil- und Katastrophenschutz, aber auch der Abwehr hybrider Bedrohungen, eine Eigenverantwortung tragen, können wir und mit Hilfe der Bundeswehr vorausschauend auf mögliche Lagen vorbereiten und im Notfall schnell auf dann bereits bestehende Kontakte zum Landeskommmando, aber auch zum Kreisverbindungskommmando, zurückgreifen.

Eine solche Kooperation ist auch ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung von Soldaten, Reservisten und Veteranen aus unserer Stadt. Denn die Bundeswehr ist Teil der Mitte unserer Gesellschaft und gerade unter der akuten hybriden Bedrohung ist es wichtig, dass auch Gemeinden und Städte Haltung zeigen und die Leistungen der Soldaten und Reservisten als „Bürger in Uniform“ anerkennen. Wir wollen eine Vorbildrolle übernehmen und durch eine Partnerschaft deutlich machen: Wir stehen hinter unserer Bundeswehr.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Leinz
(Fraktionsvorsitzender Freie Wähler)